

Wie soll es weitergehen?

Daß Bürger Hiltrups Interesse für die Aufgaben und Probleme ihrer Gemeinde haben, bewies die große Zahl der Teilnehmer an der Bürgerschaftsversammlung am 12. 2. 1968 in Hiltrup-Ost, zu der die Gemeindevertreter Bürgermeister Wentrup, Hermann Becker und Heinrich Schütte eingeladen, und zu der auch die KAB St. Marien ihre Mitglieder im Rahmen einer kommunalpolitischen Information gebeten hatte. Zahlreiche Bürger fanden in der Gaststätte Sternberg keinen Platz mehr und mußten umkehren. Hier zeigte es sich wie schon so oft, daß für derartige Veranstaltungen ein angemessener Raum nicht zur Verfügung steht.

Dennoch bewies der Ablauf des Abends, wie gut der beschrittene Weg ist, den Bürgern nicht nur in den Tagen der Wahl Rede und Antwort zustehen, sondern auch im Laufe der Legislaturperiode sich der Bürgerschaft zu stellen.

Zu Beginn des Diskussionsabends erläuterte der Gemeindevertreter Schütte in kurzen Ausführungen den Haushaltsplan 1968 und steckte damit auch gleichzeitig den Rahmen ab, in dem sich Aufgaben und Wünsche im Rahmen des Haushalts 1968 verwirklichen lassen.

In der sich an diese Ausführungen anknüpfenden Diskussion konnte Gemeindevertreter Becker als Gesprächsleiter naturgemäß zahlreiche Anfragen aus der Versammlung entgegennehmen.

War die Gewerbesteuererhöhung erforderlich, oder hätte die Gemeinde nicht in den sogenannten „guten Tagen“ auch in finanzieller Hinsicht andere Vorsorge treffen können?

Die Gemeindevertreter wichen auch dieser Frage nicht aus, sondern wiesen zunächst einmal daraufhin, daß es dem Rat in der Vergangenheit gelungen sei, trotz der gestiegenen Aufgaben und Anforderungen den Hebesatz von 250

v. H. bis 1967 zu halten. Infolge nicht vorherzusehender Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens konnte trotz erheblicher Kürzungen im Haushaltsentwurf 1968 der Hebesatz nicht beibehalten werden. Die Steuererhöhungen seien letztes Mittel gewesen, den Ausgleich des Haushalts zu erreichen. Darüberhinaus bleibe auch festzustellen, daß es der Gemeinde Hiltrup als einzige Gemeinde des Landkreises mit einer Einwohnerzahl von mehr als 6000 Personen gelungen sei, den Hebesatz von 250 v. H. in der Vergangenheit lange Zeit halten zu können.

Der wachsenden Wirtschaftskapazität, der Zunahme der Bevölkerung habe die Gemeinde mit dem Aus- und Aufbau öffentlicher Einrichtungen, dem Bau von Straßen und Schulen Rechnung tragen müssen. Das auf diesem Gebiete in Hiltrup etwas geschehen sei, bedürfe sicher keiner weiteren Beweisführung.

Wenn die Gemeinde sich in den letzten Jahren durch nicht unerhebliche Grundstückskäufe in tragbarer Form verschuldet habe, so meinten die Gemeindevertreter, seien doch auch Gegenwerte vorhanden, die einmal der Gemeinde von erheblichem Nutzen sein könnten. So sei es z. B. der Sinn und Zweck des angesprochenen Kaufs von Industriegelände gewesen, die Voraussetzungen zur Verbesserung der sicher einseitigen Wirtschaftsstruktur der Gemeinde zu schaffen.

Dabei gebe es keine Geheimnistuerei, sagte Gemeindevertreter Schütte, denn die für diese Maßnahmen aufgewandten Finanzen seien durch jeden Bürger bei der Auslegung des Haushaltsplanes nachprüfbar. Leider, so betonte er, werde von diesem Recht durch die Bürger kaum Gebrauch gemacht. Aufgabe des Rates und der Verwaltung müsse es nun sein, alles zu tun, um dem Vorhaben der Ansiedlung neuer Betriebe Fortgang

zu geben. Die Gemeindevertreter bestätigten diese Auffassung, wobei GV Schütte daraufhinweisen konnte, daß er bereits in der letzten Gemeinderatssitzung namens der CDU den Antrag gestellt habe, zur Förderung dieses Anliegens einen Wirtschaftsförderungs-Ausschuß zu bilden, um auch unter Beiziehung sachkundiger Bürger den Plan einer baldmöglichen Verwirklichung zuzuführen.

Das Gelände an der Meinenkampstraße sei inzwischen wieder an die Baugesellschaft Kettler weiter veräußert worden, wobei sich die Gemeinde jedoch bei der Vergabe und Planung der Bauplätze für kinderreiche und junge Familien ein Entscheidungsrecht vorbehalten habe.

Insgesamt ergab die Diskussion doch, daß auch die Grundsteuerepolitik — wenn auch mit Mängeln behaftet — angemessen und maßvoll betrieben wurde.

Fortschreitende Luftverschmutzung in Hiltrup ?

Auch dieser Diskussionspunkt ließ die Sorge der Bürger um die Reinhaltung der Luft ihres Wohnortes erkennen. Aber auch hier waren die Gemeindevertreter nicht untätig und haben die Bemühungen zahlreicher, besonders betroffener Bürger unterstützt. Nach dem derzeitigen Stand sind die Bemühungen der Firma Basalan, die insbesondere angesprochen wurde, die Luftverschmutzung durch ihren Betrieb auf ein zumutbares Maß herabzusetzen, noch nicht abgeschlossen. Ebenfalls liege eine endgültige Betriebserlaubnis durch die Regierung noch nicht vor. Es bleibt daher zu hoffen, daß alle beteiligten Stellen ihre Bemühungen fortsetzen, den Himmel über Hiltrup klar zu halten. Dann wird die sicher zu begrüßende Ansiedlung des Betriebes, der auch zahlreichen Bürgern Hiltrups Arbeit und Brot gibt, auch für die ganze Gemeinde von Nutzen sein.